155. Ist es, wenn neben dem in der Hauptverhandlung das Protokoll führenden Gerichtsschreiber ein anderer Gerichtsschreiber als Dolmetscher fungiert, erforderlich, daß der letztere entweder den Dolmetscher-Eid leistet oder die Richtigkeit der Übertragung auf den im allgemeinen geleisteten Dolmetscher-Eid bestätigt?

G.B.G. §§. 191. 192.

II. Straffenat. Ur. v. 22. Oktober 1880 g. Th. Rep. 2231/80.

I. Landgericht Graudenz.

Aus den Gründen:

„Zutreffend ist die Beschwerde, welche dahin geht, daß der Dolmetscher die Richtigkeit der Übertragung nicht auf seinen ein für allemal geleisteten Eid versichert habe.

Zwar ist dadurch nicht, wie der Beschwerdeführer geltend macht, der §. 79 St. P. O. verletzt, welche Gesetzesstelle nur auf Sachverständige, nicht auf Dolmetscher Anwendung findet. Allein auf diese unrichtige Allegierung kommt es nicht an, da bei einem prozessualen Angriffe der Vortrag der den Mangel enthaltenden Thatsachen zur Begründung der Revision genügt (§§. 384 Abs. 2. 392 Abs. 2 St. P. O.).

Aus dem Sitzungsprotokolle ergibt sich, daß neben dem Gerichtsschreiber, Aktuar Sch., der Sekretär J. als Dolmetscher zur Hauptverhandlung zugezogen worden ist. Schon dieser Umstand berechtigt zur Annahme, daß der Dolmetscher in der Hauptverhandlung thätig gewesen ist, was darin seine Bestätigung findet, daß im Vorverfahren die in der Hauptverhandlung vernommenen Zeugen C. L. und A. L. durch Vermittelung eines Dolmetschers der polnischen Sprache gehört worden sind.

Nun schreibt das Gerichtsverfassungsgesetz vor in §. 191:

„Der Dolmetscher hat einen Eid dahin zu leisten: daß er treu und gewissenhaft übertragen werde. Ist der Dolmetscher für Übertragungen der betreffenden Art im allgemeinen beeidigt, so genügt die Berufung auf den geleisteten Eid.“

in §. 192:

„Der Dienst des Dolmetschers kann von dem Gerichtsschreiber wahrgenommen werden. Einer besonderen Vereidigung bedarf es nicht.“

Aus dem Gegensatz beider Paragraphen ergibt sich, daß jeder Dolmetscher, welcher nicht der Gerichtsschreiber ist, entweder beeidigt werden oder die Richtigkeit der Übertragung auf den von ihm im allgemeinen geleisteten Eid versichern muß.

Nahe liegt nun allerdings der Gedanke, die Befreiung des Gerichtsschreibers im §. 192 G. V. G.'s von der in §. 191 a. a. O. vorgeschriebenen

Förmlichkeit beruhe auf der Annahme, daß die Qualität des Gerichtsschreibers als Beamten hinreichende Sicherheit für getreue Übertragung gewähre, daß mithin §. 192 a. a. D. zur Anwendung komme, wenn, wie im untergebenen Falle, nur überhaupt ein Gerichtsschreiber des erkennenden Gerichtes als Dolmetscher fungiere, mag derselbe auch nicht zugleich der in der Hauptverhandlung dienstthuende Gerichtsschreiber (Protokollführer) sein.

Dem steht jedoch schon entgegen, daß der §. 192 nicht von „einem“, sondern von „dem“ Gerichtsschreiber spricht, und daß mit diesem Ausdrucke nach dem Sprachgebrauche der neuen Reichsjustizgesetze vielfach gerade jener Beamte bezeichnet wird, welcher in dem betreffenden Termine als protokollführender Gerichtsschreiber Dienst thut (vgl. §§. 186. 271. 308 St. P. O., §. 149 C. P. O.).

Daß auch im §. 192 G. P. O.'s unter „dem Gerichtsschreiber“ nur der im Termine als Protokollführer dienstthuende Beamte verstanden werden kann, wird durch die Motive zu den mit §§. 191. 192 a. a. D. gleichlautenden §§. 155. 156 des Regierungsentwurfes außer Zweifel gestellt, indem es dort heißt:

„Die Verwendung des Gerichtsschreibers zugleich als Dolmetscher (§. 156 — jetzt §. 192) dient zur Vereinfachung des Verfahrens und erscheint, wo häufig mit anders redenden Personen zu verhandeln ist, besonders zweckentsprechend. Indem der Paragraph den Gerichtsschreiber von besonderer Leistung des Dolmetschereides entbindet, erklärt er für den Fall der Heranziehung des Gerichtsschreibers zum Dolmetscherdienste die treue und gewissenhafte Übertragung für eine Amtspflicht.“

Der ganze Zusammenhang dieser Stelle zeigt, daß nur an den das Protokoll führenden Gerichtsschreiber gedacht ist, und daß das Amt und der Eid der Gerichtsschreiber an sich den Dolmetscherdienste nicht umfassen soll, die Amtspflicht vielmehr nur dann als eine ausreichende Bürgschaft für die richtige Übertragung angesehen worden ist, wenn derjenige Gerichtsschreiber, welcher als solcher in dem betreffenden Termine mitwirkt, zugleich den Dienst als Dolmetscher versieht.

Einer analogen Anwendung des §. 192 steht aber der Umstand entgegen, daß derselbe eine Ausnahmenvorschrift aufstellt, welche eine einschränkende Auslegung erheischt.“